

MITTEILUNGEN UND RESOLUTIONEN

67. Ministerrat

25. Juli 2023

1. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 3. Juli 2023, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2023 betreffend „Recht auf 11. und 12. Schuljahr für Jugendliche mit Behinderung“ vorgelegt wird.
2. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 3. Juli 2023, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2023 betreffend „Finanzierung des Schwimmunterrichts an Pflichtschulen“ vorgelegt wird.
3. Schreiben des Landeshauptmannes von Oberösterreich vom 3. Juli 2023, mit dem ein Beschluss vom 15. Juni 2023 betreffend „Ersatz der Kurskosten sowie der Gebühren für die Meister- und Befähigungsprüfungen“ vorgelegt wird.
4. Schreiben des Landeshauptmannes von Kärnten vom 4. Juli 2023, mit dem ein Beschluss vom 29. Juni 2023 betreffend „Kinderarmut in Österreich abschaffen“ vorgelegt wird.
5. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 28. Juni 2023, mit dem ein Beschluss vom 22. Juni 2023 betreffend „Entgelt statt Taschengeld für Menschen, die in Beschäftigungstherapie Werkstätten arbeiten“ vorgelegt wird.
6. Schreiben des Amtes der Tiroler Landesregierung vom 3. Juli 2023, mit dem ein Beschluss vom 23. Juni 2023 betreffend „Herabsetzung der Strafmündigkeit prüfen“ vorgelegt wird.
7. Schreiben der Landwirtschaftskammer Niederösterreich vom 3. Juli 2023, mit dem eine Entschließung der Vollversammlung vom 3. Juli 2023 zu aktuellen Anliegen und Problemen der Land- und Forstwirtschaft vorgelegt wird.
8. Schreiben der Landwirtschaftskammer Kärnten vom 28. Juni 2023, mit dem eine Resolution der Vollversammlung vom 27. Juni 2023 betreffend „Bauerneinkommen sichern!“ vorgelegt wird.
9. Schreiben des Österreichischen Gemeindebundes vom 3. Juli 2023, mit dem eine Resolution vom 21. Juni 2023 zum „Finanzausgleich ab 2024“ vorgelegt wird.
10. Schreiben des Landesverbandes Oberösterreich der AntifaschistInnen, WiderstandskämpferInnen und Opfer des Faschismus vom 3. Juli 2023, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2023 betreffend „Österreich hat eine historische Verantwortung für Frieden und Neutralität“ vorgelegt wird.
11. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 29. Juni 2023, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2023 betreffend „Bekenntnis zur Europäischen Union“ vorgelegt wird.
12. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 29. Juni 2023, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2023 betreffend „Perspektiven auf Bleiberecht

stärken statt Abschiebung für Arbeits- und Fachkräfte in Mangelberufen“ vorgelegt wird.

13. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 29. Juni 2023, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2023 betreffend „Schluss mit der Blockadehaltung beim Schengen-Beitritt Bulgariens und Rumäniens“ vorgelegt wird.
14. Schreiben des Ersten Vorsitzenden des Wiener Gemeinderates vom 29. Juni 2023, mit dem eine Resolution vom 27. Juni 2023 betreffend „Für ein Leben frei von Gewalt“ vorgelegt wird.
15. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 14. Juli 2023, mit dem eine EntschlieÙung vom 22. Juni 2023 betreffend „Mobilität in ihrer Vielfalt in Niederösterreich weiterentwickeln“ vorgelegt wird.
16. Schreiben des Amtes der Niederösterreichischen Landesregierung vom 12. Juli 2023, mit dem eine EntschlieÙung vom 6. Juli 2023 betreffend „Ukrainische Agrarprodukte müssen an Zielorten ankommen“ vorgelegt wird.
17. Schreiben des Bürgermeisters von Klosterneuburg vom 3. Juli 2023, mit dem eine Resolution vom 29. Juni 2023 betreffend „Luftfahrergesetz, Außenlandungen und Außenabflüge“ vorgelegt wird.
18. Schreiben des Bürgermeisters von Nikitsch vom 27. Juni 2023, mit dem eine Petition betreffend „Verlängerung der A3 bis zur österreichische-ungarischen Staatsgrenze“ vorgelegt wird.
19. Schreiben des Bürgermeisters von Kirchbach vom 7. Juli 2023, mit dem eine Resolution vom 5. Juli 2023 betreffend „Herabsetzung des Schutzstatus des Wolfes“ vorgelegt wird.
20. E 329-NR/XXVII.GP vom 5. Juli 2023 betreffend „Fort- und Weiterbildung von Selbstständigen: Evaluierung steuerlicher und sonstiger Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Selbstständigen als Teil des KMU-Berichts“ (Wortlaut siehe Beilage).
21. E 331-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2023 betreffend „Ausbildungsoffensive Elementarpädagogik“ (Wortlaut siehe Beilage).
22. E 332-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2023 betreffend „Wissen über Datenschutz und Datensicherheit für Kinder und Jugendliche ausbauen!“ (Wortlaut siehe Beilage).
23. E 333-NR/XXVII.GP vom 6. Juli 2023 betreffend „Sichtbarmachung der sozialen und psychischen Herausforderungen für österreichische Bäuerinnen und Bauern und einem Bekenntnis zur Unterstützung, u.a. durch Weiterführung und Ausbau des bäuerlichen Sorgentelefon“ (Wortlaut siehe Beilage).
24. E 334-NR/XXVII.GP vom 7. Juli 2023 betreffend „Stärkung der digitalen Souveränität durch flexibleren und vermehrten Einsatz von Open-Source-Produkten“ (Wortlaut siehe Beilage).

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 5. Juli 2023

betreffend Fort- und Weiterbildung von Selbstständigen: Evaluierung steuerlicher und sonstiger Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Selbstständigen als Teil des „KMU-Berichts“

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, wird aufgefordert, den Bericht „KMU im Fokus“, der jährlich dem Nationalrat vorgelegt wird, ab dem Berichtsjahr 2023 um ein Kapitel zu ergänzen, das sich dem Thema „Fort- und Weiterbildung von Selbstständigen“ widmet und folgende Aspekte beinhaltet:

- Welche Maßnahmen zur Förderung der Fort- und Weiterbildung von Selbstständigen bestehen in Österreich aktuell und wie werden diese angenommen?
- Welche Maßnahmen zur Förderung der Fort- und Weiterbildung von Selbstständigen gibt es aktuell in anderen europäischen Ländern, welche dieser Maßnahmen könnten in Österreich umgesetzt werden?

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 6. Juli 2023

betreffend Ausbildungsinitiative Elementarpädagogik

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht,

- den eingeschlagenen Weg der Ausbildungsinitiative fortzusetzen und
- nach der Schaffung der neuen Ausbildungsmöglichkeiten und insbesondere der Modelle für Quereinsteiger – den HLG „Elementarpädagogik“, den HLG „Inklusive Elementarpädagogik“, den HLG „Quereinstieg Elementarpädagogik“, den 2-semesterigen LG für Absolventen und Absolventinnen der BASOP, den Aufbaulehrgang Elementarpädagogik, das Masterstudium Elementarpädagogik sowie den ULG Elementar+ – zügig in die Phase der aktiven Bewerbung überzugehen,
- und eine Online-Darstellung aufzubauen, auf der die verschiedenen Ausbildungswege für einen Berufseinstieg, zielgruppengerecht und übersichtlich dargestellt werden, um potentiellen Interessent/inn/en eine zielgerichtete Orientierung zu geben.

Entschließung

des Nationalrates vom 6. Juli 2023

betreffend Wissen über Datenschutz und Datensicherheit für Kinder und Jugendliche ausbauen!

Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Justiz und der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung, wird aufgefordert, die Ergebnisse des Projekts „privacy4kids“ in den Unterricht der Altersgruppen 6 bis 10 und 10 bis 14 Jahre zu implementieren und dafür zu sorgen, dass Datensicherheit und Datenschutz an Schulen stärker in den Fokus rückt.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 6. Juli 2023

betreffend „Sichtbarmachung der sozialen und psychischen Herausforderungen für österreichische Bäuerinnen und Bauern und einem Bekenntnis zur Unterstützung, u.a. durch Weiterführung und Ausbau des bäuerlichen Sorgentelefon.“

Die Bundesregierung - insbesondere der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft - wird ersucht, dafür zu sorgen, dass:

- Der Betrieb des Bäuerlichen Sorgentelefon nicht nur aufrecht bleibt, sondern – auch unter Inanspruchnahme von Fördermitteln im Rahmen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) - noch weiter ausgebaut und verstärkt beworben wird. Ein Ausbau könnte z.B. eine Erweiterung der Erreichbarkeitszeiten oder Personalaufstockungen umfassen.
- Die Psychosoziale Beratung in den Landwirtschaftskammern unter Beibehaltung des hohen Qualitätsstandards erhalten bleibt beziehungsweise ausgebaut wird, und die persönlichen Beratungsangebote im Rahmen von „Lebensqualität Bauernhof“ in allen Bundesländern fixer Bestandteil des Angebots werden. Diese soll als Beratungsleistung innerhalb der land- und forstwirtschaftlichen Betriebsberatung in der Umsetzung der Gemeinsamen Agrarpolitik auch eine langfristig gesicherte Finanzierung erhalten.
- Die Bildungsangebote wie Kurse, Seminare und Vorträge weiterhin ein fester Bestandteil von „Lebensqualität Bauernhof“ bleiben und auch das Onlineangebot ausgebaut wird.
- Bildungsangebote von Lebensqualität Bauernhof auch für andere in Kontakt mit Bäuerinnen und Bauern stehende AkteurInnen angeboten werden, um das Erkennen, Einordnen und Ansprechen von psychosozialen Problemen zu fördern und auf weiterführende Hilfe und Unterstützung zu verweisen.
- Eine Studie in Auftrag gegeben wird über die Arbeitsbelastung und weitere Ursachen für psychische Belastungen und Erkrankungen in der Landwirtschaft, unter Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive in Erhebung und Auswertung.

EntschlieÙung

des Nationalrates vom 7. Juli 2023

betreffend Stärkung der digitalen Souveränität durch flexibleren und vermehrten Einsatz von Open-Source-Produkten

Die Bundesregierung wird ersucht,

- eine Evaluierung der geschäftskritischen IT-Verfahren des Bundes, in Bezug auf digitale Souveränität durchzuführen und zu untersuchen, ob und wie weit die eingesetzten Software-Produkte kurz bzw. mittelfristig substituierbar sind.
- einen Open Source Katalog der Bundesverwaltung zu erstellen, dieser soll für eine bessere Übersicht und Austausch sorgen und so einen breiteren Einsatz der Software ermöglichen.
- eine Evaluierung vorzunehmen, inwieweit Open Source Software im Bereich Bildung und Lehre verstärkt eingesetzt werden kann.